

Wien, am Montag, den 24. Dezember 1928

Für acht Millionen Schilling Arbeitsaufträge der Gemeinde Wien. Die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und Technische Angelegenheiten haben in der letzten Zeit wieder grössere Arbeitsaufträge an die Industrie und an das Gewerbe vergeben, die insgesamt acht Millionen Schilling ausmachen. Vor allen wurden Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten im Ausmass von rund fünf ein halb Millionen Schilling vergeben. Für Elektro-, Gas- und Wasserleitungsinstallation wurden Arbeitsaufträge in der Höhe von 460.000 Schilling erteilt. Für rund 340.000 Schilling wurden Anstreicher-, Tischler-, Glaser- und Zimmermannsarbeiten in Auftrag gegeben. Die Arbeitsaufträge für Schlosserarbeiten machen 310.000 Schilling aus. Für Kühltchnische Einrichtungen wurden Arbeitsaufträge und Bestellungen im Betrage von rund 160.000 Schilling erteilt. Schliesslich hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen neben anderen kleineren Bestellungen noch für rund 150.000 Schilling Spenglerarbeiten vergeben.

Goldene Hochzeiter. Letzten Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder dem Ehepaar Oskar und Friederike Hagen anlässlich seiner goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Spenden. Anlässlich des Weihnachtsfestes hat der Wiener Bankverein zu Handen des Bürgermeisters zur Verteilung nach freiem Ermessen fünftausend Schilling gespendet. Der unter dem Decknamen "Wilhelm" wirkende Wohltäter hat auch heuer für arme Schulkinder der Mädchenschule auf dem Allerheiligenplatz dreissig Paar Schuhe und neun Dutzend Strümpfe gespendet. Die Elternvereinigung an der Knabenvolksschule in der Viertelergasse hat der Schule einen Skioptikonapparat, der Elternverein der Hilfeschule auf der Favoritenstrasse dieser Schule einen Epidiaskop und schliesslich hat der Elternverein an der Mädchenbürgerschule in der Märzstrasse der Schule ein Klavier gespendet. In der letzten Gemeinderatssitzung hat Bürgermeister Seitz den Spendern den Dank ausgesprochen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit wird die Schüttelstrasse von der Rotundenbrücke bis zum Schlachthausbrücke mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

Wiederbelegung von Schachgräbern auf dem Ottakringer und Hernalser Friedhof. Nach dem 15. Februar werden die Schachgräber in den Gruppen A bis J, VII, X und XXXVIII im Hernalser Friedhof wiederbelegt. Nach dem 1. März gelangen die Schachgräber in den Gruppen A, B, C, D, E, F, G, H, J, K, IIIe, IVa und Va im Ottakringer Friedhof zur Wiederbelegung. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig. Die diesbezüglichen Gesuche sind bis längstens 31. Jänner, beziehungsweise 16. Februar bei der Magistratsabteilung 12 einzubringen.

atte vom 21. Dezember 1928:

Landwirt von Braussen wäre wahrscheinlich noch gegen eine Aufzählung bereit, sein Anwesen mit einem Anwesen in Wien zu vertauschen. Den Antrag Hengl wegen Erhöhung der Dotationen der Landeskultur, beantragt Stadtrat Kokrda abzulehnen, die übrigen Anträge Hengls der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. Sodann antwortet Stadtrat Kokrda auf die vorgebrachten Schulbeschwerden und macht darauf aufmerksam, dass die Beschwerden wegen der Schulbücher, wegen Verwendung der Schulräume und der Schulgebäude in die Kompetenz des Stadtschulrates gehören. Soweit es sich um die sachlichen Forderungen der Schulen handelt, sind nur ganz wenige Beschwerden im Laufe des vergangenen Jahres an die zuständigen Stellen eingelangt und allen Beschwerden wurde nachgegangen. Die Vorwürfe wegen parteipolitischer Vergabe der Stände auf den Märkten weist Stadtrat Kokrda mit der Aufforderung zurück, in die Parteizugehörigkeit der Ständehaber bekanntzugeben. Dann würde es sich wahrscheinlich erweisen, dass viel weniger der sozialdemokratischen Partei, als der christlichsozialen Partei angehören. Den Minderheitsantrag Rummelhardt, die Stände auf den Märkten an bodenständige Firmen oder Gewerbetreibende zuzuweisen, lehnt Stadtrat Kokrda unter Hinweis darauf ab, dass unter der gegenwärtigen Verwaltung viel mehr Stände dem Bodenständigen zugewiesen werden, als unter der früheren Verwaltung, ebenso lehnt er den Minderheitsantrag Rummelhardt wegen Auflassung des pädagogischen Instituts ab, da ein solcher Antrag vom Stadtschulrat gestellt werden müsste. Den Antrag Schläpinger wegen Heranziehung von Lehrerkonferenzen der Einführung neuer Lehrbücher, empfiehlt Stadtrat Kokrda abzulehnen, da ohnedies heute schon so vorgegangen werde, die übrigen Anträge empfiehlt er der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe VI wird angenommen. Die im Laufe der Debatte gestellten Anträge <sup>werden</sup> gemäss dem Vorschlage des Berichterstatters, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, beziehungsweise abgelehnt.

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Angelegenheiten leitet amtsführende Stadtrat Linder mit einem Bericht ein: Der Voranschlag für die Gruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten erfordert 15'32 Millionen Schilling. Die Einnahmen betragen 1'52 Millionen Schilling, sodass sich ein Nettoerfordernis von 13'80 Millionen Schilling ergibt. Dieses Erfordernis bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1'19 Millionen Schilling. Die ausschlaggebende Post im Budget dieser Verwaltungsgruppe ist das Feuerlöschwesen das rund siebzig Prozent aller Ausgaben beansprucht. Das Feuerlöschwesen erfordert insgesamt 9'59 Millionen Schilling und hat gegenüber dem Vorjahr ein Mehrererfordernis von rund fünfhunderttausend Schilling. Die Investitionen bei der Feuerwehr machen 1'28 Millionen Schilling aus. Für die Verbesserung der Geräte ist der Ersatz von 19 Geräten vorgesehen und ausserdem die Erwerbung eines Magirusleiters. Für die Ausgestaltung und Instandhaltung der Telegrafenanlage und Feuermelder ist der Betrag von 1'37 Millionen Schilling eingestellt. Mit dem Ausbau der Feuerwachen Am Steinhof, Cobenzlgasse, Wiegandgasse und Rafeelgasse ist der grösste Teil der Reform des Feuerlöschwesens durchgeführt. Das Sicherheitswesen, das rund 213.000 Schilling erfordert, hat gegenüber dem Vorjahr ein Mehrererfordernis von rund 34.000 Schilling. Dieses Mehrererfordernis wird durch die erhöhte Zahl der Zuschüsse von Schülern und der dadurch bedingten erhöhten Kosten erklärt. Desgleichen ist in der Anstalt Wiener Neudorf eine Erhöhung der Verpflegungsgebühren eingetreten. Die Baupolizei hat ein Mehrererfordernis von rund 15.000 Schilling, das durch den Ankauf von Maschinen und Apparaten für die Baustoffprüfung entstanden ist. Die Baustoffprüfung erfolgt nicht allein für Bauten der Gemeinde Wien, sondern es kann ebenfalls festgestellt werden, dass auch private Bauherren die Baustoffe bei der städtischen Baustoffprüfungsanstalt überprüfen lassen. Die Gemeindefache hat ein Mehrererfordernis von rund 715.000 Schilling, was auf die am 25. Juni durchgeführte Bezugsregelung zurückzuführen ist. Das Budget